



# Zypern – Die missbrauchte Insel Europas

Von Kostas Dimakopoulos

**Der freie Kapitalverkehr, vielleicht die wichtigste der berühmten „Vier Freiheiten“ innerhalb der EWG/EG/EU, wurde auf Zypern für Monate eingeschränkt, der Euro hat für eine längere Zeit dort aufgehört, eine frei konvertible Währung zu sein.**

**A**m 16./17. März des Jahres 2013 haben wir die vorläufig letzte Episode einer unglücklichen Beziehung erlebt. Zypern, die Insel, wo Aphrodite der griechischen Mythologie nach aus dem Schaum des Meeres geboren wurde, bat Europa um eine Hilfe von 17,5 Milliarden Euro, weil seine Banken ins Wanken geraten waren, was den Staat in Mitleidenschaft gezogen hatte. Die Troika EU/EZB/IMF sagte zwar ja, die Bedingungen dieser Rettung waren aber so hart wie niemals zuvor in der Geschichte der Eurokrise. Um eine Darlehenshilfe von zehn Milliarden Euro zu bekommen – mehr wollte die Troika nicht geben –, musste Zypern nicht nur ein rigides Sparprogramm umsetzen (höhere Unternehmenssteuer, Kürzungen von Gehältern und Pensionen, Privatisierungen usw.), sondern auch über die Hälfte seines gesamten Banksektors abwickeln: Die eine der beiden großen zypriotischen Banken, die Laiki (Volksbank), mit 112 Jahren Geschichte, ist völlig untergegangen, die andere, die Bank of Cyprus, massiv verkleinert worden und hat die Schulden der ersteren übernommen.

## I. Rettung oder Ausschaltung?

Das wichtigste aber ist: Diese Abwicklung haben nicht nur die Investoren, Aktien- und Anleiheninhaber der Banken bezahlt, sondern auch Privatanleger, die dort ein Konto hatten, ab einem Betrag von 100.000 Euro aufwärts – ein völlig neuer Schritt in der Geschichte der Eurokrise. Bis zu 60% der Ersparnisse (ab 100.000 Euro) bei der Bank of Cyprus und gar bis zu 100% bei der Laiki sind verloren gegangen. Ursprünglich sollten sogar auch Kleinsparer unter der Grenze von 100.000 Euro an der Zwangsabgabe beteiligt werden, dieser Plan ist aber im zweiten Anlauf verworfen worden. Mit anderen Worten: Es ist nicht das Modell der Rettung Irlands von 2010 angewandt worden, welches ähnliche Probleme mit seinen Banken hatte, nicht das Modell der Rettung Spaniens von 2012, wo die Banken direkte Hilfe vom europäischen Rettungsmechanismus, ohne Belastung des Staatshaushaltes, zur Rekapitalisierung bekommen haben, und auch nicht das Modell zur Rettung Griechenlands oder Portugals.

Die Rettung Zyperns hatte es in sich. Die Insel war bis dahin ein wichtiges Banken- und Finanzzentrum des Ostmittelmeeres, in dem reiche Araber, Russen, Ukrainer, Engländer und andere ihr Geld aufbewahrten und das als Drehscheibe für Auslandsinvestitionen z.B. für Russland diente. In dessen erweitertem Umfang hatten

sehr viele Zyprioten Job und Einkommen. Über Nacht hat nun die Insel aufgehört diese Rolle zu spielen, denn solch ein Geschäftsmodell basiert auf einer sensiblen Voraussetzung: Vertrauen! Und das war mit einem Schlag weg.

Zypern ist ein kleines Land. Es steht nur für 0,2% der Wirtschaftskraft der Eurozone. Dennoch haben der Euro, der bloß eine Währung ist, (das griechische Wort für die Währung ist: nomisma = Glaubenssache, du glaubst, dass es etwas wert ist, abgeleitet von νομίζω = glauben, meinen, insbesondere das, was vom Staat als verbindlich angegeben wird), und die Eurozone bei dieser Aktion manches durchgemacht: Der freie Kapitalverkehr, vielleicht die wichtigste der berühmten „Vier Freiheiten“ innerhalb der EWG/EG/EU, wurde auf Zypern für Monate eingeschränkt, der Euro hat für eine längere Zeit dort aufgehört, eine frei konvertible Währung zu sein. Und ob das Modell zur Rettung Zyperns einmalig ist, weil die Insel ein spezial gelagerter Sonderfall ist, wie (im zweiten Anlauf) Dijsselbloem und dann Schäuble, Rehn, Draghi usw. eilten zu verkünden, oder Pate für die weitere Bewältigung der Eurokrise steht, bleibt abzuwarten. Die EU-Kommission hat jedenfalls am 8.4.2013 eine Richtlinie angekündigt, die eine Rettung von strauchelnden Banken unter Beteiligung der Sparer überall in Europa vorsieht. Die Zypern-Rettung hat jedenfalls jetzt schon eine enorme Wirkung gehabt: den Ländern des Südens ist ein gehöriger Schreck in die Knochen gefahren, der bloße Gedanke eines Bank-Runs der Sparer, um ihre Konten von der drohenden Beschlagnahme zu retten, würde schon reichen, die Regierungen bei der Umsetzung von Sparprogrammen gefügig zu machen.

Wie es auch sein mag. Zurückgelassen und schockiert nach dieser „Rettung“ bleibt die Insel der Aphrodite, ohne Liebe, mit gebrochenem ökonomischen Rückgrat, mit Schaudern der Zukunft entgegen blickend, in einer Zeit, in der sich die geopolitischen Parameter in der Region massiv verschieben und sich die Wolken am West- und Osthorizont gleichzeitig schwarz verdunkeln.

## II. Periodisierung

Es ist nicht das erste Mal, dass Zypern zum Versuchskaninchen wird, bzw. von Europa und dem Westen arg im Stich gelassen wird. Ein Blick in die Geschichtsbücher ist lehrreich (ich verweise hier auf meinen Artikel „Eine europäische Lösung für das Zypernproblem“, im Exantas Nr. 8 vom Dezember 2008 – ich versuchte



damals, die Dämonen einer sich anbahnenden Katastrophe zu beschwören).

**Station I: 1960**

Die Republik Zypern mit 80% Griechisch-Zyprioten und 18% Türkisch-Zyprioten, die überall auf der Insel zerstreut leben, wird am 16.08.1960 nach einem Plan gegründet, der von der damaligen Kolonialmacht Großbritannien ausgearbeitet wird. Es soll ein einheitlicher Staat mit einem republikanischen und demokratischen politischen System werden. Großbritannien soll seine Militärbasen auf der Insel behalten. Bei der aufoktroierten Verfassung, über die die Zyprioten nicht abstimmen durften, missachtet man aber das erste Prinzip der Demokratie und gleichzeitig die funktionellen Regeln der Einheitlichkeit: Die Respektierung des Mehrheitswillens bei den Regierungsentscheidungen. Man

wollte zwar die türkisch-zypriotische Minderheit schützen und aufwerten, dafür gab es aber ein reichlich ausgestattetes Regime zum Minderheitenschutz im Völkerrecht, das man bei Bedarf erweitern könnte, wie man es auch woanders getan hat. Stattdessen aber wählen die Engländer einen anderen Weg: die gegenseitige Blockierung der zwei ethnischen Gruppen. Nur wenn beide wollen, soll der Staat funktionieren, sonst ist er paralysiert. Großbritannien verbleibt dadurch eine wichtige Vermittlerrolle (divide et impera, klassisch). Die türkisch-zypriotische Minderheit macht auf Geheiß der Türkei bei der ersten Gelegenheit, nämlich bei der Verabschiedung des Steuergesetzes, sofort von ihrem Veto-Recht Gebrauch und legt den Staat lahm. Jahre der interkommunalen Konflikte folgen, die Griechisch-Zyprioten attackieren die Türkisch-Zyprioten, die türkische Luftwaffe bombardiert griechische Dörfer. Die Verfassung erweist sich als Totgeburt.





## Zypern

**In den darauf folgenden Jahren wird die Türkei wiederholt vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg (EuGHMR) wegen Menschenrechtsverletzungen in Verbindung mit der Invasion auf Zypern und der Vertreibung der Griechisch-Zyprioten verurteilt.**

### Station II: 1974

Die faschistische Militärdiktatur in Athen, die mit einem NATO-Plan zur Bekämpfung des Kommunismus an die Macht gekommen ist, putscht auch auf Zypern gegen das Staatsoberhaupt der Insel, Erzbischof Makarios, der ihr erklärter Feind ist, weil er erstens demokratisch gesinnt ist und zweitens gegen die Vereinigung mit Griechenland, den Wunsch der Nationalisten, steht. Die Türkei nimmt den Putsch gegen Makarios als den lange ersehnten Anlass und marschiert am 20.07.1974 mit Berufung auf ihre Rechte als „Garantiemacht“ der Zypernverträge mit ihrer Armee auf der Insel ein, angeblich um den verfassungsmäßigen Zustand wieder herzustellen. Jetzt beginnt etwas, was in der Geschichte seinesgleichen sucht. Die Türkei erobert einen großen Teil des Nordens und erweitert kurz danach, dieses Mal völlig ohne Anlass, die Eroberungszone erheblich, so dass sie etwa 37% des gesamten Territoriums der Insel besetzt. Die türkische Armee vertreibt die Griechisch-Zyprioten (fast) komplett aus den besetzten Gebieten, wo sie vorher 70% der Bevölkerung ausmachten, und bringt die Türkisch-Zyprioten auch fast komplett dazu, ihre angestammten Regionen im Süden zu verlassen und in den besetzten Norden zu kommen. Mit der Eroberung des Nordens und mit dieser gigantischen Bevölkerungsentmischung schafft die Türkei jetzt die Voraussetzungen, einen separaten, ethnisch gesäuberten („griechenfreien“) und ihr völlig unterworfenen Staat zu machen. Sie nimmt dafür das Doppelte an Territorium (37%) im Verhältnis zu den 18% der Türkisch-Zyprioten in Besitz.

Die Eroberung des Nordens und die Vertreibung der griechisch-zypriotischen Bevölkerung, was selbstverständlich nicht ohne Gräueltaten vonstatten ging (die türkische Armee ermordet fast 1% der Griechisch-Zyprioten, einschließlich der von Internationalen Roten Kreuz registrierten Geiseln), waren schon schlimm genug, aber es kommt noch schlimmer. In den darauf folgenden Jahren bringt die Türkei so viele türkische Siedler aus Anatolien nach Zypern, unter denen sie das Vermögen der vertriebenen Griechisch-Zyprioten verteilt, dass die Türkisch-Zyprioten zu einer kleinen Minderheit in ihrem angeblich eigenen Land, Nordzypern, werden. Konflikte zwischen den importierten Siedlern und den alten Türkisch-Zyprioten brechen innerhalb der dortigen Gesellschaft auf. Viele der alten Türkisch-Zyprioten emigrieren nach Großbritannien, USA, Australien, manche auch in den Süden Zyperns. In diesem, bis heute von der türkischen Armee mit 40.000 Mann besetzten Gebiet proklamiert die Türkei

im Jahr 1983 einen neuen Staat, die sogenannte „Türkische Republik Nordzypern“, die bis heute von keinem anderen Staat der Erde außer der Türkei selbst anerkannt wird.

Wie sind diese Ereignisse juristisch zu qualifizieren? Das Völkerrecht hat dafür eine eindeutige Bezeichnung: Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Benutze ich hier zu starke Worte? Ich zitiere aus dem römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH) vom 17.7.1998.

**Art. 7: «Im Sinne dieses Status bedeutet „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ jede der folgenden Handlungen, die im Rahmen eines ausgedehnten oder systematischen Angriffs gegen die Zivilbevölkerung und in Kenntnis des Angriffs begangen wird: ... lit. d: Vertreibung oder zwangsweise Überführung der Bevölkerung.»**

**Art. 8 Abs. 2: «Im Sinne dieses Statuts bedeutet „Kriegsverbrechen“...**

**lit. b Nr. viii: die unmittelbare oder mittelbare Überführung durch die Besatzungsmacht eines Teils ihrer eigenen Zivilbevölkerung in das von ihr besetzte Gebiet oder die Vertreibung oder Überführung der Gesamtheit oder eines Teiles der Bevölkerung des besetzten Gebiets innerhalb desselben oder aus diesem Gebiet.“**

Ich beschränke mich darauf und lasse andere wichtige Dokumente des internationalen Rechts außer Acht, die dasselbe belegen, damit der Artikel nicht zu sehr mit juristischen Details befrachtet wird (für den interessierten Leser verweise ich auf meinen Artikel im Exantas Nr. 8, S.86ff. insbesondere S.90ff).

Das römische Statut des IStG haben inzwischen ca. 120 Staaten dieser Welt ratifiziert – die Türkei selbstverständlich nicht.

Wie hat der Westen darauf reagiert? Egal, ob die Amerikaner der Athener Militärdiktatur grünes Licht für den Putsch gegen Makarios gegeben haben oder nicht (Heinz Richter machte vor kurzem eine spektakuläre Kehrtwende in dieser Frage, s. Geschichte der Insel



Zypern, Bd. IV: 1965-1977, Teil I, 2009, S.319ff. 322, 335f.), sie scheinen sich groß über die eingetretene Änderung gefreut zu haben: Ein lästiger Anführer der blockfreien Länder, Makarios, ist entmachtet, ein beträchtlicher Teil der Insel dem NATO-Partner Türkei zugefallen, die Sowjetunion ist dabei kalt erwischt worden und hat nicht reagiert. Es gibt zwar jede Menge formelle Verurteilungen der Türkei im Sicherheitsrat und in der Generalversammlung der Vereinten Nationen (s. etwa die Resolutionen 353/1974, 354/1974, 358/1974, 360/1974 des UN-Sicherheitsrates und die Resolutionen 3212/1974, 3395/1975 der UN-Generalversammlung), denn die Verletzung des internationalen Rechts ist grotesk, das ändert aber nichts an den geschaffenen Tatsachen. So kommt die Türkei ein zweites Mal in der jüngsten Geschichte nach dem Genozid an den Armeniern und den Pontos-Griechen am Anfang des 20. Jahrhunderts ungeschoren davon.

In den darauf folgenden Jahren wird die Türkei wiederholt vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg (EuGHMR) wegen Menschenrechtsverletzungen in Verbindung mit der Invasion auf Zypern und der Vertreibung der Griechisch-Zyprioten verurteilt (Fall Loizidou, Fall Zypern gegen die Türkei, Fall Xenides-Arestis usw.). Am deutlichsten sind diese Menschenrechtsverletzungen im Bericht der Straßburger Europäischen Kommission für Menschenrechte vom 10.7.1976 aufgelistet: Vertreibung der Griechisch-Zyprioten aus ihren Häusern und Weigerung, ihre Rückkehr in ihre Häuser zu erlauben, unmenschliche Behandlung wie wiederholte Vergewaltigungen und andere Formen von Misshandlung, Tötungen auf breiter Basis, rechtswidrige Inhaftierungen, Entziehung des Eigentums in unvorstellbarem Ausmaß, Fehlen von Beschwerdemöglichkeiten und Diskriminierung wegen der ethnischen Abstammung. Auch der Europäische Gerichtshof in Luxemburg fällt am 28.4.2009 das wichtige Orams-Urteil (Entscheidungen von Gerichten der Republik Zypern über Eigentumsfragen in den türkisch besetzten Gebieten sind von den anderen EU-Mitgliedstaaten zu respektieren). Dennoch muss man feststellen, dass die internationalen Gerichte nicht die Mittel und die Organe der internationalen Gemeinschaft, wie etwa der Europarat, nicht den Willen besitzen, eine deutliche Sanktionierung des türkischen Verhaltens durchzusetzen. Die gerichtlichen Verurteilungen der Türkei bewegen sich hauptsächlich im Bereich der Eigentumsverletzung – als ob es anstößig wäre, jemandem sein Haus wegzunehmen, nicht jedoch, seine ganze Existenz oder gar sein Leben zu vernichten! Aber das ist eine andere Geschichte, viel-

leicht eine zu juristische. Fakt ist: Die Teilung der Insel wird trotz der vielen formellen Verurteilungen der Türkei zum Dauerzustand.

### Station III: 2004

Wie schon erwähnt, ist es dem Westen nicht möglich, solche gravierende Verletzungen des Völkerrechts, wie die Militärintervention und die Besetzung eines UNO-Mitglieds, die Bevölkerungsverschiebung und die ethnische Säuberung, die Verfälschung der Bevölkerungszahl durch Import von außen und die Proklamation eines separaten Staates dort, zu akzeptieren, es sei denn unter Aufgabe aller seiner juristischen Prinzipien und damit der glänzenden Vorderseite (ich sage nicht: Fassade) von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Demokratie, mit denen er sich gerne dem Rest der Welt präsentiert. Nur wenn die Griechisch-Zyprioten unter der Last der Verhältnisse und der ständigen Bedrohung durch die türkische Armee einwilligen und die vollendeten Tatsachen in der Form einer neuen „Verfassung“ akzeptieren würden, könnte der Westen seine Hände in Unschuld waschen: „Wenn die Zyprioten es selbst wollen ...“ Das war die Idee des sogenannten Annan-Plans von 2004. Ein Versuch, die vollendeten Tatsachen der türkischen Invasion zum neuen juristischen Status Quo zu erheben.

Über diesen Plan, den Engländer und Amerikaner ausgearbeitet haben und für den der damalige UNO-Generalsekretär Kofi Annan unter Missachtung der für ihn bindenden vorigen Entscheidungen des Sicherheitsrates und der Generalversammlung seinen Namen gegeben hat, ist vieles geschrieben worden. Man braucht es hier nicht zu wiederholen. Die Fragen, die dieser Plan aufgeworfen hat (hat er eine Föderation, hat er eine Konföderation errichtet, welche Zugeständnisse haben welchen Vorteilen gegenübergestanden, usw.) sind kontrovers diskutiert worden. Ich würde heute so schließen: Die Griechisch-Zyprioten haben zum Schluss (denn der Annan-Plan ist wiederholt zu ihren Lasten geändert worden) die berechnete Angst gehabt, durch diesen Plan auch den ihnen verbliebenen Teil, den Süden Zyperns, und auch die Republik Zypern, die ihnen noch einen gewissen internationalrechtlich garantierten Schutz gab, zu verlieren. Der ehemalige zypriotische Außenminister Lilikas hat es später verklausuliert in einem Buch so formuliert: Man begeht keinen Selbstmord, nur weil man Angst hat, ermordet zu werden (s. Giorgos Lilikas, Lösung des Zypernproblems, Realitäten – Dilemmas – Wahlmöglichkeiten, 2008, S. 92, griechisch). Genauso nämlich

**Die gerichtlichen Verurteilungen der Türkei bewegen sich hauptsächlich im Bereich der Eigentumsverletzung – als ob es anstößig wäre, jemandem sein Haus wegzunehmen, nicht jedoch, seine ganze Existenz oder gar sein Leben zu vernichten!**



## Zypern

**Der Annan-Plan war vom Anfang an mit der Perspektive verbunden worden, Zypern als Mitglied der EU aufzunehmen. Seine Annahme bei den angekündigten zwei separaten Referenda war allerdings niemals als Bedingung zum Beitritt Zyperns in die EU formuliert worden.**

wie die Türkei die Türkisch-Zyprioten zu einer Minderheit im besetzten Norden und Nordzypern praktisch zu einer türkischen Provinz machte, könnte sie über die erweiterten Zugriffsmöglichkeiten, die ihr der Annan-Plan als „Schutzmacht“ des neu zu gründenden Staates „Vereinigte Republik Zypern“ einräumte, welcher aus zwei staatlichen Komponenten bestehen sollte, auch den Süden unschwer zu einer Art türkischem Vorhof verwandeln. Dies müsste nicht unbedingt durch Neu-Ansiedlung und Austausch der Bevölkerung, wie im Fall des besetzten Nordens passieren, sondern durch die Diktierung politischer Verhaltensregeln: Nicht mit den Russen, nicht mit den Israelis, nicht mit den Schiiten der Region, sondern mit der Türkei und mit den der Türkei genehmen Nachbarn sollte und dürfte das neue „Zypern“ kooperieren ... Diese Angst der Griechisch-Zyprioten hat dazu geführt, dass sie den Annan-Plan bei der anschließenden Volksabstimmung (immerhin gab es eine solche, während sie 1960 nicht gefragt wurden) mit 75,8% abgelehnt haben. Die Bewohner des türkisch kontrollierten Nordens, d.h. die übrig gebliebenen Türkisch-Zyprioten und die anatolischen Siedler, haben auf Anraten des „Mutter-Landes“ Türkei den Annan-Plan mit 64,9% akzeptiert.

### Station IV: 2004-2013

Der Annan-Plan war vom Anfang an mit der Perspektive verbunden worden, Zypern als Mitglied der EU aufzunehmen. Seine Annahme bei den angekündigten zwei separaten Referenda war allerdings niemals als Bedingung zum Beitritt Zyperns in die EU formuliert worden. Gewisse Standards der Rechtsstaatlichkeit auf internationalem Terrain haben dazu geführt, dass die zwei Prozesse, Volksabstimmung über den Annan-Plan auf Zypern und Entscheidung der EU über den Beitritt, parallel und unabhängig voneinander liefen. Mit einfachen Worten: Auch wenn manche in Europa nur ein durch den Annan-Plan wiedervereinigtes Zypern als EU-Mitglied aufnehmen wollten, konnte man den Griechisch-Zyprioten nicht sagen: Wenn Ihr den Annan-Plan nicht akzeptiert, kommt Zypern nicht rein! Obwohl man es zum Schluss auch in dieser erpresserischen Form versucht hat.

So ist die Republik Zypern, welche für die internationale Gemeinschaft noch ein einheitlicher Staat auf der Grundlage der Verfassung von 1960 ist, im Jahr 2004 Mitglied der EU geworden, vertreten durch die Regierung in Nikosia. Im Jahr 2008 wurde sie auch Mitglied der Eurozone. Freilich, der abgespaltene Norden weigerte sich mitzumachen, und die Türkei erkennt die

Republik Zypern seit der Militärintervention nicht an. Und hier beginnt eine Reihe von Paradoxa, die einmalig in der Geschichte der internationalen Beziehungen sind und nicht gerade zum Ruhm der EU beitragen.

**α). Statt** die territoriale Integrität seines Mitglieds Zypern zu verteidigen und die Entfernung der türkischen Besatzungstruppen von seinem Staatsgebiet, das jetzt ja EU-europäisches Territorium darstellt, zu fordern, schweigt die EU darüber. Formaljuristisch erkennt sie zwar nicht die sogenannte „Türkische Republik Nordzypern“ an und arbeitet mit der Regierung in Nikosia zusammen, de facto aber akzeptiert sie einen Zustand, der ihrem Image auf der Welt schadet. Denn wer würde eine Gemeinschaft ernst nehmen, die ihr eigenes Territorium nicht verteidigen kann? Die zulässt, dass ein Teil dieses Territoriums von einer fremden Macht okkupiert ist und dort einen separaten Staat errichtet hat?

**β). Statt** die Geltung des internationalen Rechts entschieden zu verlangen, das sie selbst so hoch auf ihre Fahne geschrieben hat, akzeptiert die EU faktisch einen Zustand, der auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zurückgeht. Alle, ausnahmslos alle, EU-Mitglieder haben das römische Statut des IStGH unterzeichnet und ratifiziert. Alle tragen die UNO-Resolutionen in Bezug auf Zypern mit und alle rühmen sich, Menschenrechtsverletzungen nicht zu dulden. Alle respektieren die Entscheidungen des EuGHMR in Straßburg, auch wenn sie sich gegen sie selbst richten. Wer würde das aber für bare Münzen nehmen, wenn die EU allen diesen hehren Prinzipien auf ihrem eigenen Territorium nicht Geltung verschaffen kann? Wer würde nicht denken, es handelt sich um Lippenbekenntnisse, die dem Opportunitätsprinzip unterliegen? Schließlich handelt es sich nicht um Bagatelldelikte, die man verzeihen könnte, sondern um die militärische Invasion, die Spaltung und Teilung eines Staates, das Mitglied der UNO ist, die Verschiebung der halben Bevölkerung und die Verfälschung der Bevölkerungsstruktur durch Import von außen seitens der Besatzungsmacht.

**γ). Statt** der Türkei unmissverständlich zu sagen, dass es nicht möglich ist, Mitglied der EU werden zu wollen und ein EU-Mitglied nicht anzuerkennen, von dessen Zustimmung auch der türkische Beitritt abhängig ist, laviert die EU und akzeptiert im Grunde genommen die türkischen Drohungen gegen Zypern. Das Maximum, was die EU von der Türkei (erfolglos) verlangt, ist, türkische Häfen und Flughäfen für zypriotische Schiffe und Flugzeuge zu öffnen! Nicht nur das. Auch bezüg-

»



lich der Frage des türkischen EU-Beitritts versteckt sich die mächtige EU hinter den schwächtigen Schultern Zyperns und sagt dem Land am Bosphorus nicht, ob sie es wirklich haben will und welche Bedingungen dieses Land dann wirklich erfüllen sollte.

**Es ist alles recht kurios.** Wir sind aber inzwischen so weit in Europa gekommen, dass wir all dies hinnehmen und manche sogar unverblümt diesen für die EU wenig schmeichelnden Zustand der „unnachgiebigen Haltung der Griechisch-Zyprioten“ zuschreiben: Warum sind sie EU-Mitglied geworden, ohne den Annan-Plan anzunehmen? Warum akzeptieren sie nicht endlich die Vertreibung und den Verlust ihrer Heimat? Was spielt das internationale Recht noch für eine Rolle angesichts der vollendeten Tatsachen und der geopolitischen Interessen in der Region? Warum beugen sie sich nicht jetzt den türkischen Forderungen, damit die Geduld der EU nicht über Gebühr strapaziert wird? Warum bescheren sie den Partnern solche Unannehmlichkeiten? Ja, warum eigentlich?

Was im Strudel der letzten Ereignisse vergessen wurde: Noch im letzten Halbjahr, vom Juli bis Dezember 2012, hatte Zypern turnusgemäß die EU-Ratspräsidentschaft inne. Die Türkei kündigte freilich an, mit der EU nicht zu sprechen, so lange dies der Fall sein sollte. Auch im Fall dieser Provokation hat die EU nicht die passende Antwort gefunden.

Eine letzte Ergänzung ist an dieser Stelle angebracht. Man fragt sich, ob sich die Griechisch-Zyprioten seit dem EU-Beitritt im Jahr 2004 auf ihren „Lorbeerblättern“ ausgeruht haben und keine Wiedervereinigung oder gar Annäherung mit dem abgespaltenen Norden wollten, weil der eingetretene Zustand für sie zu bequem war. Haben sie keine Kompromissbereitschaft bei den laufenden Verhandlungen auf der Insel mit den Türkisch-Zyprioten gezeigt? Man kann ihnen diesen Vorwurf wirklich nicht machen. Sie sind die eindeutigen Verlierer der Insel-Teilung und wollten diesen Zustand unbedingt überwinden. Bei den Verhandlungen schlugen sie einen Bundesstaat mit zwei sich weitgehend selbstverwaltenden Teilen der Insel vor – im Rahmen der von beiden Parteien schon seit 1977 vereinbarten Formel „bizonale, bikommunale Föderation“. Sie boten einen ständigen Wechsel der Präsidentschaft der Republik zwischen einem Griechisch-Zyprioten und einem Türkisch-Zyprioten an. Sie waren bereit, den Verbleib einer großen Zahl der anatolischen Siedler auf Zypern zu akzeptieren. Sie öffneten schon im Voraus staatliche Einrichtungen im Sü-

den, wie Krankenhäuser und Betreuungsstellen, für Nordzyprioten und boten ihnen dort auch vielerlei Arbeitsmöglichkeiten. Sie waren aber nicht bereit, die Spaltung und die Teilung Zyperns im Rahmen einer Konföderation zwischen zwei souveränen neuen Staaten, eines griechisch-zypriotischen und eines türkisch-zypriotischen, juristisch zu zementieren. Sie, die Griechisch-Zyprioten, sind es, die auch in der Zukunft über ihr Schicksal entscheiden werden.

#### Station V. 2013

Zypern, genau gesagt, der griechisch-zypriotische Süden, der die Republik Zypern repräsentiert, hatte inzwischen ein Wirtschaftsmodell entwickelt, das auf zwei Säulen fußte: Niedrigsteuerland und Banken- und Finanzzentrum des Ost-Mittelmeers. Die Unternehmenssteuer war massiv gesenkt worden, um Auslandsinvestitionen anzulocken. Über die Banken von Zypern wickelten Russen, Ukrainer, Araber ihre Geschäfte ab, Russland selbst nutzte Zypern als einen wichtigen Umschlagplatz für Investitionen aus dem Ausland. Nach russischen Angaben waren etwa 70% davon nicht repatriertes russisches Geld, sondern ausländisches Kapital. Analysten schätzten, dass Ausländer ca. 30 Milliarden Euro auf zypriotischen Banken hatten. Dabei machte auch der Vorwurf der Steuerhinterziehung und Geldwäsche die Runde.

Als die Banken wegen ihres Engagements auf dem griechischen Staatsanleihenmarkt in Schwierigkeiten gerieten, hat die Troika die Zerschlagung dieses Wirtschaftsmodells zur Bedingung einer Darlehenshilfe von zehn Milliarden Euro gemacht. Sie hat dabei auch den Tabu-Bruch der Beteiligung der Sparer über 100.000 Euro an der Rettung befohlen. Wir haben darüber am Anfang des Artikels berichtet und man muss hier nicht alles wiederholen. Das Parlament in Nikosia „billigte“ diesen Plan mit äußerst knapper Mehrheit am 30.4.2013.

Nun prophezeit die Troika Zypern einen Rückgang der Wirtschaftsleistung für 2013 von 8 % und für 2014 von 3%. Man weiß aber vom Fall Griechenlands, welches einen Rückgang von 25% der Wirtschaftsleistung in sechs hintereinander folgenden Jahren der Rezession u.a. aufgrund der erzwungenen Sparmaßnahmen erlebt, dass die Prognosen der Troika viel zu optimistisch sind. Kurz nach der Verkündigung des Sparprogramms meldete Zypern tatsächlich einen erhöhten Finanzierungsbedarf an, das Land braucht fünf Milliarden mehr. Die Troika weigert sich abermals, die Hilfe

**Als die Banken wegen ihres Engagements auf dem griechischen Staatsanleihenmarkt in Schwierigkeiten gerieten, hat die Troika die Zerschlagung dieses Wirtschaftsmodells zur Bedingung einer Darlehenshilfe von zehn Milliarden Euro gemacht.**



## Zypern

aufzustocken. Sie sieht offensichtlich keine Möglichkeit, den zusätzlichen Betrag von fünf oder sieben Milliarden Euro bereitzustellen. Merkwürdiges Schweigen herrscht von offizieller Seite während der ganzen Zeit der Verhandlungen über die Teilung der Insel.

Zur selben Zeit beginnt die Türkei, einen aggressiven Druck auf Zypern auszuüben: Entweder die Öl- und Gasvorkommen vor der Südküste der Insel mit dem abgespaltenen Norden im Rahmen eines neuen Annan-Plans zu teilen, oder die Teilung endgültig zu akzeptieren. Auch vom Westen kommt Bedrängung in dieselbe Richtung, etwa mit der Forderung, sich mit der Türkei zu einigen, um über türkisches Territorium Öl und Gas zu befördern.

So haben wir mit tatkräftiger türkischer Hilfe in einer geschichtlichen Zeitspanne von 50 Jahren ein spektakuläres Ergebnis: Vereinigtes Europa – Zypern: 5 : 0!

### III. Vorwürfe und Erwiderung

Ich habe wiederholt in dieser Zeitschrift versucht, die deutsche Haltung in der Eurokrise den Griechen zu vermitteln und umgekehrt, die griechische Position den Deutschen näher zu bringen. Auch in diesem Fall würde ich nicht sagen, dass die zypriotische Art zu wirtschaften in jeder Hinsicht empfehlenswert ist. Dass die Griechisch-Zyprioten unter der Last der türkischen Invasion gelitten haben, wäre noch lange kein Grund, von der internationalen Korruption und Geldwäsche zu leben. Eine Schatzinsel für Steuerpiraten dürfte Zypern nicht werden. Steuerparadiese, die Geld anlocken, das von illegalen oder gar kriminellen Machenschaften generiert wird, sind überall auf der Welt zu ächten.

Andererseits ist es nach dem heutigen juristischen Stand der Dinge durchaus legitim, wenn ein Staat etwa die Steuern senkt, um ausländische Investitionen anzulocken – dies haben bis jetzt mehrere Staaten der Welt, etwa die des ehemaligen Ostblocks, getan. Anders betrachtet: So etwa, wie der eine Staat Löhne und Gehälter senkt, um seine Produkte konkurrenzfähiger zu machen (Deutschland mit der Agenda 2010 ist ein Beispiel dafür), senkt der andere die Unternehmens- und andere Steuern. Legitim bei der international herrschenden Kapitalfreiheit ist auch, günstige Bankkonditionen anzubieten – so lange das Geld vor dem Finanzamt des Heimatlandes nicht versteckt wird, was den Anlegern selbst nach den Gesetzen seines Heimatlandes obliegt. Das sind die Regeln, nach denen der Binnenmarkt der EU bis heute funktioniert und auf

denen die gesamte Globalisierung basiert. Im Licht dieser Klarstellung sollte man die Vorwürfe prüfen, die gegen Zypern direkt oder indirekt, speziell in den deutschen Medien erhoben wurden, um seine Zerschlagung als Bank- und Finanzzentrum zu rechtfertigen.

**Vorwurf Nr. 1.** Zypern habe einen aufgeblähten Banksektor. Es ist wahr, der Banksektor Zyperns war etwa ca. 7-mal größer als die eigentliche Wirtschaftsleistung des Landes. War es aber verboten? Der Banksektor in Malta ist 8-mal, in Irland ebenfalls 7-mal, in Großbritannien 5-mal, in Luxemburgs fast 22-mal größer als die Wirtschaftsleistung. Und wie wäre es, fragte der luxemburgische Außenminister J. Asselborn, wenn man anfangen würde, andere „aufgeblähte“ Sektoren der Wirtschaft woanders anzuprangern, etwa die Waffenproduktion (Deutschland z.B. ist der drittgrößte Waffenproduzent der Welt)? Oder Wirtschaftssektoren, die die Umwelt belasten, z.B. die Autoproduktion? Was ist schädlicher?

**Vorwurf Nr. 2.** Der Bankrott der zypriotischen Banken sei mit dem Kauf riskanter griechischer Staatsanleihen selbst verschuldet. War es aber nicht der griechische Schuldenschnitt, den die Troika am 26./27.10.2011 durchgesetzt hat, der den Banken auf Zypern das Genick gebrochen hat, da sie fast fünf Milliarden Euro verloren haben? Haben etwa die zypriotischen Banken besonders riskante Geschäfte mit griechischen Staatsanleihen gemacht? Wohl kaum riskantere als französische, deutsche, niederländische Banken auch – Staatsanleihen der Eurozone galten noch vor kurzem als konservative Investition. Der Unterschied zu den zuletzt genannten Banken ist, dass die zypriotischen viel zu klein waren, um den Schock des griechischen Schuldenschnitts zu absorbieren – und die Troika hat ihre Hilferufe nicht hören wollen.

**Vorwurf Nr. 3.** Die zypriotischen Banken hätten schmutziges russisches Geld versteckt und Zypern habe sich nicht an die internationalen Regeln gegen Geldwäsche gehalten. Wenn es gestohlenen Geld des russischen Volkes oder Produkt von Steuerflucht war, so war es in erster Linie die Sache Russlands, dieses Geld mit der Hilfe Zyperns zu erfassen und ordentlich zu besteuern. Wenn Russland der Meinung war, dass seine Herkunft keine Rolle spielt, wenn dieses Geld in der Heimat reinvestiert wird, d.h. wenn Russland eine Art Amnestie für den Fall der Repatriierung dieses Geldes aussprechen wollte, ist das ebenfalls zu akzeptieren. Und man sollte nicht vergessen, dass Russland ganz offiziell und legal die Insel als Finanzknotenpunkt

**Der Bankrott  
der  
zypriotischen  
Banken sei mit  
dem Kauf  
riskanter  
griechischer  
Staatsanleihen  
selbst  
verschuldet.**



für Investitionen in das und aus dem Ausland nutzte.

Ich weiß zwar sehr gut, dass Russland kein Rechtsstaat im westlichen Sinne ist, dass es kriminelle Machenschaften dort gibt, die von staatlicher Seite gedeckt werden, dass die sogenannten russischen Oligarchen, die teilweise die ehemalige sowjetische Nomenklatura darstellen, viel Geld beiseite geschoben haben, unter anderem nach Zypern. Ist es aber ehrlicher, 60% oder gar 100% dieses Geldes vom Westen zu beschlagnahmen? Ist das die Einleitung in eine neue Phase des Weltwirtschaftskrieges? Was wird folgen?

Und noch etwas: Ist das russische Geld „schmutzig“, solange es in den Händen der zyprischen Banken war und wird plötzlich „sauber“, seitdem es, nach dem Kahlschlag auf Zypern, auf deutsche, schweizerische, luxemburgische usw. Banken abwandert? Agenten dieser Banken standen nämlich schon am Montag, den 18.3.2013, nach der angekündigten Zwangsabgabe, Schlange auf Zypern, um es abzuwerben. Weiß man überhaupt hier in Deutschland, worin man sich mit der Argumentation „schmutziges Geld“ bewegt? Gibt es kein historisches Gedächtnis dafür?

Zum Schluss: Das Bankensystem Zyperns war kein Offshore-Konstrukt. Zypern hatte es ganz legal aufgebaut und kooperierte seit längerem mit den europäischen Behörden gegen Korruption und Steuerbetrug. Vielleicht war dies in den Augen der anderen nicht genug. Vielleicht haben die zyprischen Banken die Zeichen der Zeit nicht verstanden und zu spät reagiert, zu spät mit dem nötigen Umbau begonnen. Vielleicht war „Geldwäsche“ in manchen Fällen tatsächlich im Spiel – obwohl der erste Bericht der eingesetzten unabhängigen Prüfer von Moneyval und von Deloitte Zypern von diesem Vorwurf entlastet. Vielleicht. Gäbe es aber keine andere Möglichkeit, Zypern bei der Hilfsaktion (die meiner Meinung nach am einfachsten als Rekapitalisierung der Banken direkt aus dem europäischen Rettungsfonds ESM erfolgen sollte) dazu zu bringen, ernst mit den nötigen Reformen zu machen? Hier dagegen hat man gleich mit Kanonen auf Spatzen geschossen!

#### IV. Deutsche Moralpädagogik

Ich frage mich, wie es möglich ist, dass durchaus seriöse Kommentatoren in Deutschland nach dieser „Rettung“ solch einem Zorn verfallen, dass sie gar den Ausschluss Zyperns aus der EU verlangen (H.-U.

Jörges im Stern)! Wie viele „Wahrheiten“ gibt es und wie schnell kann eine „Wahrheit“ zum Wahn werden?

Überhaupt sollte man vorsichtig sein, wenn man in Geldsachen mit Moralwerten argumentiert. Denn dann kann man schnell zu einer anderen Überzeugung gelangen: „Schmutzig“ ist das ganze große Geld, ob russisches, amerikanisches oder deutsches! Mit „ethischen Qualitäten“ und „Tugenden“ die anderen bei der Bewältigung der Eurokrise schlagen zu wollen (der „tugendhafte Norden“ bzw. der „sparsame Deutsche“ hier, der zurecht der Darling der Finanzmärkte geworden ist, der „korrupte“, „reformunwillige und leidensunfähige“ Süden da, bzw. die „listigen Levantiner“ im Fall Zyperns, die selber schuld an der Misere sind) wird schnell verdächtig, vor allem wenn man selber Milliarden als Gewinn aus der Krise holt. Wenn man den anderen, die in Not geraten sind, ein rigoroses Sparprogramm aufzwingt, sollte man nicht sagen, dass dies (fast) ein Gebot der Hygiene ist, sondern höchstens eine Notwendigkeit nach den Gesetzen des (Geld-)Marktes, auf den jeder Staat in der real existierenden Welt angewiesen ist. Und man muss aufpassen. Solche „Rettungen“ wie auf Zypern werden gehasst. Auf so viel Misstrauen kann Europa nicht aufgebaut werden, auch wenn die heutige Eurokrise überwunden werden sollte.

Nun ist es passiert. Russland hat eins auf die Mütze bekommen, dem gesamten Süden der Eurozone hat man eine mächtige Angst eingejagt. Und Zypern selbst? Es scheint das Versuchskaninchen Europas geworden zu sein. Wollen wir mindestens hoffen, dass sich unsere schlimmsten Befürchtungen nicht bewahrheiten werden. ■

Kostas Dimakopoulos, Berlin (30.4.2013)  
Jurist und Politologe